

Dienstleistungsauftrag - 151122-2011

13/05/2011 S92 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.

D-Grevenbroich: Personensonderbeförderung (Straße)

2011/S 92-151122

BEKANNTMACHUNG**Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Rhein-Kreis Neuss
Der Landrat
Kontakt: Rhein-Kreis Neuss
z. H. 014-ZVM / Heiko Heinrichs
41515 Grevenbroich
DEUTSCHLAND
Tel. +49 2181601-1133
E-Mail: submissionsstelle@rhein-kreis-neuss.de
Fax +49 2181601-81133

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des Auftraggebers www.rhein-kreis-neuss.de

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: Rhein-Kreis Neuss

Der Landrat
z. H. 014-ZVM / Heiko Heinrichs
41515 Grevenbroich
DEUTSCHLAND
Tel. +49 2181601-1133
E-Mail: submissionsstelle@rhein-kreis-neuss.de
Fax +49 2181601-81133
Internet: www.subreport-elvis.de/E33898545

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

Regional- oder Lokalbehörde
Allgemeine öffentliche Verwaltung
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

Behindertenfahrdienst für 8 kreisangehörige Kommunen für mind. 6 Jahre.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag
Dienstleistungskategorie: Nr. 2
Hauptort der Dienstleistung Rhein-Kreis Neuss und anliegende Städte.
NUTS-Code DEA1D

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Fahrdienst mit behindertengerechten Fahrzeugen für 3 200 Fahrten im Jahr. Die durchschnittliche Fahrtstrecke beträgt 14 km. Die Leistung soll für mind. 6 Jahre vergeben werden.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

60130000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose

Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

Nein

II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang**

Fahrdienst mit behindertengerechten Fahrzeugen für 3 200 Fahrten im Jahr. Die durchschnittliche Fahrtstrecke beträgt 14 km. Die Leistung soll für mind. 6 Jahre vergeben werden.

II.2.2) Optionen

Ja

Beschreibung der Optionen: Zweimalige optionale Verlängerung des Vertrages um jeweils ein Jahr ist möglich.

voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen: in Monaten 72 (ab Auftragsvergabe)
Zahl der möglichen Verlängerungen 2
voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeverträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen: in Monaten 24
(ab Auftragsvergabe)

II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG

Beginn: 1.1.2012. Ende: 31.12.2017

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird

Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften als Gesamtschuldner, und zwar unabhängig von der Rechtsform sowie -vorbehaltlich einer Verjährung- zeitlich unbegrenzt.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung

Nein

III.2) TEILNAHMEBEDINGUNGEN

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: — Eigenerklärung (Teil der Vergabeunterlagen),
— Referenzen über vergleichbare Leistungen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eigenerklärung (Teil der Vergabeunterlagen).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Beschreibung des vorhandenen oder noch zu beschaffenden Fuhrparks, welcher für die Ausführung der ausgeschriebenen Leistung maßgeblich ist (Anzahl und Art der Fahrzeuge, Beschreibung des behindertengerechten Umbaus der Fahrzeuge).

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge

Nein

III.3) BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGE

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Nein

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN

IV.2.1) Zuschlagskriterien

Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt

Nein

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber

ST 11026

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen 20.6.2011 - 10:30
Die Unterlagen sind kostenpflichtig Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge

20.6.2011 - 10:30

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Deutsch.

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

Bis 11.7.2011

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 20.6.2011

Ort

Rhein-Kreis Neuss, Zentrales Vergabemanagement, Zimmer 0.14, Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich, DEUTSCHLAND.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) DAUERAUFTRAG

Nein

VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD

Nein

VI.3) SONSTIGE INFORMATIONEN

Die Vergabeunterlagen können kostenlos heruntergeladen werden bei: www.subreport-elvis.de/E33898545.

VI.4) NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Postfach 30 08 65

40408 Düsseldorf

DEUTSCHLAND

E-Mail: poststelle@brd.nrw.de

Tel. +49 211475-3637

Internet: <http://www.brd.nrw.de>

Fax +49 211475-3637

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Vergabekammer bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Postfach 30 08 65

40408 Düsseldorf

DEUTSCHLAND

E-Mail: poststelle@brd.nrw.de

Tel. +49 211475-3637

Internet: <http://www.brd.nrw.de>

Fax +49 211475-3637

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Mithin muss zur Wahrung der Rechte binnen dieser Frist ein Nachprüfungsantrag eingereicht werden. Anderenfalls kann dieser nicht mehr auf den gerügten Verstoß gestützt werden.

Rügen von angeblichen Vergaberechtsverstößen müssen im Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich nach Erkennen des Verstoßes gegen Vergabevorschriften erklärt werden (§ 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Zudem müssen Verstöße gegen Vergaberechtsvorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Außerdem müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 107 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB). Werden diese Vorgaben gemäß § 107 Abs. 3 Satz 1 GWB nicht eingehalten, kann ein Nachprüfungsantrag nicht mit Erfolg auf den betreffenden Verstoß gegen Vergabevorschriften gestützt werden, es sei denn, es handelt sich um einen Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2 GWB; auch bleibt § 101a Abs. 1 Satz 2 GWB unberührt (siehe § 101 Abs. 3 Satz 2 GWB).

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind

Vergabekammer bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Postfach 30 08 65

40408 Düsseldorf

DEUTSCHLAND

E-Mail: poststelle@brd.nrw.de

Tel. +49 211475-3637

Internet: <http://www.brd.nrw.de>

Fax +49 211475-3637

VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:

11.5.2011